

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend.

Einzelnenpreis: die hiesige Poststelle 12 Pf.

Ausgabe-Ausnahme in der Expedition dieses Blattes, Leipzigerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Spätere in komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal und zwar Montag, Mittwoh und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Expedition 1 Wrt. 36 Pf. von unseren Boten ins Haus gebracht 1 Wrt. 36 Pf. und durch die Briefträger 1 Wrt. 30 Pf.

Vierteljährliche und monatliche Abonnements werden außer in der Expedition, Leipzigerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Kaffee-, Postämtern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 121.

Donnerstag, den 12. Oktober 1916.

55. Jahrgang

Der parlamentarische Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Wie die deutschen Einzelstaaten in dem Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten eine Stellung besitzen, die jederzeit zur Entgegennahme von Informationen über den Gang unserer auswärtigen Politik zumutend sein kann, so wünscht der Deutsche Reichstag eine ähnliche Institution. Das Verlangen danach hat bei einer Minorität der Volksvertretung schon immer bestanden; die Kriegsjahre haben es bei weiteren Parteien angeregt; so daß von der Budgetkommission, des Hauses mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen wurde. Der die Einzelnen Länder betreffende Budgetausschuss zur Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges während der Vertagung des Reichstages zusammenzutreten. Fortschrittler und National-liberale hatten weitgehende Vorschläge. Die ersten hatten die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten gewünscht und beantragt, den Reichskanzler zu erlauben, dafür einzutreten, daß dieser Ausschuss das Recht habe zusammenzutreten, auch wenn der Reichstag nicht verammelt ist. Die National-liberalen hatten beantragt, einem zu bildenden ständigen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten die Ermächtigung zu erteilen, sich auch bei Schließung des Reichstages jederzeit zu versammeln.

Zur Begründung des national-liberalen Antrags wurde betont, daß der Hauptzweck des Reichstages ein ständiger Ausschuss überhöht sei, so daß in ihm die auswärtigen Angelegenheiten zu kurz kommen würden. Eine ständige Kommission, die sich nach die erforderlichen Kenntnisse erwerben würde, sei daher notwendig. Wünsche der Kanzler die Zustimmung zu seiner Politik, so müßten dem Ausschuss auch die Unterlagen für deren Beurteilung, die Berichte der Gesandten usw. zugänglich gemacht werden. Einzelne Angelegenheiten sollten als Referenten für die Ausschüsse behandelt werden. So würde eine wirksame Kontrolle der auswärtigen Politik möglich sein. Hätte bei uns das Parlament einen eigenen Ausschuss, als es tatsächlich hat, so würden Kriege, wie z. B. der russische, nicht feiern. Wegen der Möglichkeit, daß es sich hier um einen Schritt zum parlamentarischen System handle, brauche man nicht zu erschrecken; in parlamentarisch regierten Ländern bestände ein engerer Zusammenhang zwischen Regierung und Volk als bei uns. Ein Ministerkabinet gegen die Regierung bedeute der Antrag keineswegs; aber ein 70 Millionen Volk könne die Entscheidung über wichtige Lebensfragen nicht ausschließend in die Hand der Regierung legen. Der fortschrittliche Antrag, der gleichfalls auf eine Stärkung des Parlaments hinzielt, untersteht sich dem national-liberalen, mit dem er einen besonderen ständigen Ausschuss wünscht, nur in der Frage des Zutritts des Ausschusses zu einem Zeitpunkt, in dem der Reichstag nicht verammelt ist. Der fortschrittliche Redner meinte, daß dem national-liberalen Antrag verfassungsmäßige Bedenken entgegenstünden, denn fortschrittlichen nicht. Das Zentrum lehnt den Gedanken des parlamentarischen Systems ab, ein Antrag für das Kaiserliche Amt solle nicht geschlossen werden. Ein solcher würde sich dem Reichstag stellen; in den Anträgen handele es sich aber nur um eine erweiterte Behandlung der auswärtigen Fragen im Reichstag. Durch die Heranziehung früherer Staatsmänner würde man eine Art Beichtamtum konstituieren. Die Fragen der auswärtigen Politik seien von denen der inneren Politik nicht zu trennen und gehörten daher in die Budgetkommission, nicht in einen besonderen Ausschuss. Bei der Vertagung des Reichstages, so solle damit auch der Hauptzweck erfüllt sein; während der Vertagung könne der Hauptzweck jedoch anstandslos aufgenommen, wenn das Zentrum es befehle. Die Konzentration lehne alle drei Anträge ab, die Sozialdemokraten ziehen den Zentrumsantrag den beiden andern vor.

Der Standpunkt der Regierung wurde von dem Staatssekretär des Auswärtigen und des Innern dargelegt. Jeder Abgeordnete erhalte im Auswärtigen Amt zu jeder Zeit die gewünschten Informationen, kein Parlament werde so gründlich unterrichtet wie der Deutsche Reichstag. Die Beratungsmasse müsse immer die Regierung befragen. Wichtige Beschlüsse müßten schnell gefaßt werden; man könne damit nicht warten, bis erst der Ausschuss gehört sei. Der national-liberale Antrag, der die Ermächtigung des Ausschusses zur Versammlung auch bei Schließung des Reichstages fordere, verstoße gegen die Verfassung und laufe auf eine Art Ministerkabinet des Parlaments hinaus, gegen das zahllose Bedenken vorlägen. Die Annahme des Zentrumsantrags im Plenum ergebe gleichwohl gefaßt, es bleibt abzuwarten, was weiter geschehen wird. Von verschiedenen Seiten wird betont, daß der Ausschuss in den Fragen der auswärtigen Politik einen Einfluß und damit eine gewisse Mitverantwortung erlangen werde, und daß damit dieses Mittelhand gerade die wichtigsten Männer, die dem Parlament bisher fernblieben, sich diesem zuwenden würden. Ein Blatt meint, in dem Ausschuss werde ein Forum für die rechtzeitige Entfaltung unserer politischen Lebens geschaffen.

Großes Hauptquartier am 8. Oktober 1916.

Welcher Kriegsschauplatz.

Ausgehenden fähige der Feind vorwiegend in den Abend- und Nachtstunden starke Angriffe auf den

Stammort zugehen wurde und Summe. Sie bilden sämtlich erfolgreiche der Franzosen östlich von Bernadotters wurden verhandelt.

Front des Deutschen Kronprinz.

Deutscher der Was lebte Artillerie und Minenwerferkampfe.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Russische Niederlagen. Ausmaßlose Verfolgung der Rumänen. Schwere blutige Verluste des Feindes. Die bisherige Route von Kronstadt.

Front des Generalleutnants Prinz Leopold.

Bei Kol. Djura am Stach nordwestlich von Luck waren wir die Russen aus einer vorgehobenen Stellung und vielen Gegenstöße ab. Westlich von Luck keine Infanterietätigkeit.

Deutsche Abteilungen fürchten mit ganz geringen eigenen Verlusten das Dorf Herbsdorf westlich der Karajonka, nahmen 4 Offiziere, 200 Mann gefangen und erbeuteten einige Waffengegenstände.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In den Karpaten sind russische Gegenangriffe vor uns am 8. Oktober gemachten Stellungen an der Baba Vidona gescheitert.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

An der Ostfront gibt es überall novwärts. Der Austritt aus dem Hagaru- und Carol-Gebirge in die obere und untere Gist (Mit-Zal) ist erzwungen.

Deutscher der Kronstadt (Wrajo) drängten die rumänischen Truppen den gefallenen Rumänen schief nach. Dieser sind aus der dreitägigen Schlacht von Kronstadt eingebracht 1175 Gefangene, 25 Geschütze (darunter 13 schwere), zahlreiche Munitionswagen und Wägen. Gefangen sind erbeutet 2 Infanterien, über 800 meist mit Bezeichnung beladene Waagons. Der Feind hat nach übereinstimmenden Meldungen aller Truppen sehr schwere blutige Verluste.

Westlich des Vulkan-Passes wurde der Grenzberg Neagrul genommen.

Der Balkankrieg.

Seeresgruppe d. Generalleutnants v. Mackensen.

Die Lage ist unverändert.

Wageontliche Front.

Der Feind letzte seine Angriffe gegen die bulgarischen Truppen im Gerna-Bogen östlich der Bahn Mosafir-Gjorina fort. Er erreichte bei Stocir keine Vorteile, sonst wurde er überall abgelenkt.

Nach dem bulgarischen Hauptbericht besetzen wir an der rumänischen Front an der Donau durch einen plötzlichen Angriff mit Unterstützung einer Donauflotte eine Insel am östlichen Ausgange des Delenans nach von Jimitea; wir machten zwei Offiziere und 150 Mann zu Gefangenen und erbeuteten 6 Geschütze. Auf dem möglichen Kriegsschauplatz eröffnete feindliche Artillerie östlich der Bahnlinie Gjorina-Mosafir Trommelfeuer gegen unsere Stellungen, unter dessen Schuß einige feindliche Patrollen die Gerna überschritten. Als bald aber wurde ein Gegenangriff auf sie gemacht. Der Kampf geht weiter. Östlich und westlich von Barab und am Fuß der Belasta Planina schwache Artillerietätigkeit. Wir zerlegten durch unser Feuer einige feindliche Kampagnen, die bei den Dörfern Solowa und Kabil schlugen. An der Strumafont Patrouillenengefährte. An der Küste des adriatischen Meeres Ruhe.

Der italienische Krieg.

Aus dem artilleristischen Vorbereitungsfeuer der Italiener in der achten Bronschschlacht ist eine mit äußerster Heftigkeit geführte Artillerieschlacht erwachsen. Auf einer Front von anderthalb Kilometern schloßen die Österreichern an einem zigen Tage von früh bis 1 Uhr mittags nicht weniger als 18 000 Granaten. Diejem ungeheuren Munitionsaufwand entsprachen die italienischen Erfolge in keiner Weise. Jeder Versuch eines feindlichen Infanterievorstoßes wird meistens schon im Sperrfeuer unserer Fernschützen, abgewiesen. Der Jongo ist das Grab der Italiener genannt worden. Auch die achte Schlacht an einem Ort hat die Beteiligung auf dieser Beziehung nicht erlitten.

Fürst Wilow kandidiert nicht für den Reichstag.

Die Meldungen, wonach dem früheren Reichskanzler Fürsten von Wilow, der durch laienliche Vertrauen in das preussische Herrenhaus berufen wurde, von den vereinigten bürgerlichen Parteien von Bismarck-Hilfswortland das Reichstagsmandat dieses Kreises angeboten worden sei, ist unbegründet. Einmal ist der Wahlkreis, den Bismarck bisher vertreten hatte, noch nicht frei, da das letzte und endgültige Urteil des Reichsmilitärgerichtes im Doppelvertragsprozeß nicht noch aussteht. Uns andere scheint Fürst Wilow auch nicht geneigt zu sein, ein Reichstagsmandat anzunehmen. Der erste deutsche Reichskanzler, Fürst Bismarck, war nach seinem Rücktritt aus dem Amt befanntlich in einem hannoverschen

Wahlkreis gewählt worden; während der Dauer seines Mandats in den Jahren 1891 und 1892 aber auch nicht ein einziges Mal im Reichstage erschienen. Dagegen ist sein Sohn, der 1904 verlorene Fürst Herbert Bismarck, der als Staatssekretär des Auswärtigen gleichzeitig mit dem Vater am 20. März 1890 zurückgetreten und 1894 bis 1897 Abgeordneter war, überdies im Reichstage rednerisch hervorgetreten, namentlich dann, wenn es galt, Worte der Feinde des ersten Kanzlers richtigzustellen. Die beiden anderen Kanzler, Graf Caprivi und Fürst zu Stoltenberg sind nach ihrer Kanzlerzeit politisch nicht hervorgetreten; wenn auch die Denkmäler für sie nicht verproben wurden. Ob Fürst Bismarck, der sich trotz seiner 67 Jahre jugendlicher Frische und Willigkeit erzeute, noch einmal in den Staatsdienst zurücktreten wird, ist ungewiß. Wenn das Vaterland seiner bedarf, steht er zur Verfügung. Das hat er bewiesen, als er Anfangs Dezember 1914 als freiwilliger Volksheld in außerordentlicher Mission nach Rom ging.

Die Bestattung der Poppelins. Nach dem Londoner „Daily Chronicle“ wurden der Kommandant und die Befehls des Poppelins, der am Sonntag vor acht Tagen in Völkstern herabstürzte, auf einen Heuberg bei Gegraben, auf dem ebenfalls die Überreste der Befehls des Poppelins ruhen, der etwa drei Wochen vorher bei Guffen herabstürzte. Auf dem Garg des Kommandanten war die Aufschrift angebracht: Kommandant Wally, im Dienst gestorben 1. Oktober 1916. Das Begräbnis geschah unter Leitung des englischen Fliegerführers. Es war viel Polizei aufgestellt, doch allgemein sehr wenig Publikum anwesend. Der Dolmetsch und ein Feldwebel hielten eine kurze Rede. Während des Begräbnisses kreuzte ein Flieger über dem Kirchhof.

Die amerikanischen Friedensgerichte. Der Washingtoner Korrespondent der „Edin. Jg.“ drohtet mit angeblichen Friedensverhandlungen: Manche Kreise hielten diese Nachricht für Bismarcksmänner. Andere glauben, daß Wilson tatsächlich etwas zugunsten des Friedens unternehmen wolle, um seine Wiederwahl zu fördern. Er möge vielleicht den Berliner Vorkämpfer Gerard geben haben, Deutschlands Friedensbedingungen einzuholen, um sie dann dem Vorkämpfer vorzutragen und diesen so zu Friedensbedingungen zu bringen. Im übrigen möge die wachsende Forderung der Präsidenten, für Amerikas eigene Interessen zu sorgen und den Plan eines Ausfuhrverbots für Lebensmittel ins Auge zu fassen.

Widerwille selbst in England hat die jüngste in Sportausdrücken gehaltene Vernichtungsrede des Kriegsministers Lloyd George gegen Deutschland erregt. Eine Londoner Wochenchrift sagt dazu: Weder das Robinet noch der Minister des Äußeren dürfen mit Lloyd Georges Widerwille in Zusammenhang gebracht werden — sie waren nicht ohne seine Anwesenheit Lloyd Georges — sie waren sehr unglücklich. Was sie mit den Ereignissen zu schaffen hatten, läßt sich schwer sagen. Der Kriegsminister einer einzelnen Macht kann nicht die Politik der Verbündeten kontrollieren. Von amerikanischer Intervention ist nichts zu hören und wird nichts zu hören sein, bis wir sie mühsam

oder der Zustand der Welt je notwendig machen wird, was wohl ziemlich bestimmt zutreffen dürfte, ehe der Krieg beendet ist. Das Intervium hat wenig Freunde gefunden. Selbst diejenigen, die den Welt getrieben, der es erfüllt, scheuen zurück vor seinen gemeinen Nebenbarn, und in der englischen Armee hat gerade die leichte sportsmännische Manier dieser Rede ein Gefühl des Widerwillens hervorgerufen. Sie hat tatsächlich etwas wie eine Abwendung von der extremen Politik aber, könnte man vielleicht sagen, von der Reichspolitik, die die Rede vertritt, bewirkt, und könnte einen langsamen Strom der öffentlichen Meinung zugunsten eines gemäßigten Ausgleichs und eines nicht zu fernem Friedens in Bewegung setzen.

Unser politisches Nichtunterrichtsein, so sagt die „Berl. Jg.“ in einem Artikel über den geplanten Reichstags-Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, war aber schon manchemal abgedruckt. Um nur ein Beispiel zu geben, genügt es noch einmal die Geschichte Italiens im Zusammenhang zu berühren. Im Jahre 1901 schloß Italien mit Frankreich das Tripolitaabkommen. Im Jahre 1902 wurde ein neuer Dreihandvertrag abgeschlossen, der gemäß durch das französisch-italienische Abkommen verändert worden war. Delcasse sagte darüber im Juli 1902 in der französischen Kammer, daß Italien durch diesen neuen Vertrag nie mehr verfallen werden könne, sich direkt oder indirekt gegen Frankreich zu stellen. Italiens Verhalten in Albanien als Reichstagsmandat. Der französische Botschafter in Paris sagte dem russischen Minister Fürst Trubezoi 1908 ganz offen, Italien gehöre längst zur Orient, mit deren Willen Italien im Dreihandvertrage bleibe, gemäßigter zur bewußten Durchführung seiner „Bundesgenossen“. Fürst Trubezoi hat dies 1913 ruhig drucken lassen, sogar deutsch. („Italien hat als 1908 rudi.“) Aber von wenigen Kennern und Barren abgesehen, war das deutsche Volk bis zum 28. Juli 1914 eigentlich überzeugt, daß auf Italien als auf einen aktiven Bundesgenossen zu rechnen sei. Dieses falsche öffentliche Urteil scheint sogar auf amtliche Stellen abgedruckt zu haben. Das ist die größte Feindschaft eines fast zwanzig Jahren überlebten Systems!

Der Seekrieg.

Die Versenkung eines feindlichen Truppentransportdampfers sowie die reiche Beute unserer U-Boote an den amerikanischen Küste verursachen den Engländern empfindliche Schmerzen. Der Transportdampfer „Galilo“ (14 986 Tonnen), der am 27. September in französische und deutsche Besatzung, ist am 4. Oktober von einem U-Boot versenkt worden. Die Zahl der Verletzten beträgt, soweit bis jetzt bekannt, 1362. Der Korporal rief eine Explosion in der Munitionskammer hervor und geriet die Funkenflammen, wodurch das Schiff von jeder Verbindung abgeschnitten wurde.

Rom Nacht-Gezehrtschiff. Das 25 Kilometer von der amerikanischen Küste entfernt liegt, wird berichtet, daß 9 Schiffe versenkt worden sind. Drei U-Boote seien an der Arbeit. Ein Passagier des Dampfers „Etefano“ hat erzählt, daß nach den Aussagen der Offiziere des Dampfers dieser durch das U-Boot 61* angehalten wurde. Nach einer amerikanischen Zeitung hat eines unserer Unterseeboote in der Zeit vom 30. September bis zum 6. Oktober im englischen Kanal sieben feindliche Handelsschiffe mit einem Gesamttonnage von 4131 Tonnen und wegen Verhinderung von Vorräte zum Feind drei neutrale Dampfer von zusammen 2357 Tonnen versenkt. — Ein anderes Unterseeboot versenkte am 4. Oktober an der englischen Küste drei englische Fischdampfer.

Wahl in der Schifffahrt. Nach Washingtoner Meldung der „Wol. Zig.“ sind in der Winternachtsstunde vom 8. Oktober schon sechs englische Schiffe als versenkt gemeldet worden, die am Samstagabend in den Gewässern waren. Drohvolle Offensiven laufen den ganzen Tag über ein. Sieben neue amerikanische Zerstörer-Boote sind zur Hilfeleistung abgegangen. Die Küstung ist ungeheuer, in Schiffsfahrtskreisen herrscht eine Panik. Ausreisende Schiffe wurden zurückgehalten, Schiffe auf See gemahnt, ihren Weg zu ändern.

Zahlreiche Schiffe, die in den amerikanischen Häfen zum Anker liegend erhalten sind über der amerikanischer Streitkräfte, haben die Küste in den Häfen zu verbleiben und die Küste auf einem Linnege zu machen, während andere in die amerikanischen Territorialgewässer zurückkehrten. Zu gleicher Zeit wird aber von amerikanischer Seite in Washington bestätigt, daß die deutschen U-Boote, welche in der Nähe der amerikanischen Küste operieren, sich bisher streng an die zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland geschlossenen Vereinbarungen über den U-Boot-Krieg gehalten haben.

Über die letzten Unternehmungen der deutschen U-Boote, deren Zahl 3 betragen soll, berichtet das englische Telegraphenbüro: Die Besatzung und Passagiere der Dampfer, welche am Sonntag versenkt wurden, sind bekanntlich sämtlich gerettet worden. Nur war man sich anfangs im Ungewissen über das Schicksal der Beute an Bord des als „Kingston“ benannten Dampfers, da ein solcher Name in den Schiffsregistern nicht geführt wird. Später aber wurde gemeldet, daß Gerüchte des „Kingston“ unterwegs seien, und so legte man auch über sie keine Beforgnis mehr. „L 58“, das am Sonnabend aus New York abgegangen war, begegnete am Sonntag früh dem amerikanischen Dampfer „Ranjos“, der nach Philadelphia im Kaprierte die Küste vorleiten konnte. Um 6 Uhr begegnete dem U-Boot den englischen Dampfer „Stratheden“, und nachdem die Beute an Bord lag, in die Boote begaben hatten, wurde das Schiff versenkt. Um 11 Uhr 45 Minuten fiel „Westport“ dem U-Boot zum Opfer. Darauf folgte „Stephano“, der um 4 Uhr 30 Minuten nachmittags mit Passagieren an Bord angehalten wurde. Alle Menschen wurden vor der Versenkung fieber in die Boote herabgelassen und später von einem Torpedojäger aufgenommen. Abends später hielt sich der „Kingston“ nach dem Versinken des Schiffes auf aber sehr schwer beschädigt. Um 6 Uhr abends wurde der Dampfer „Kingston“ versenkt, später das Schiff „Vommersby“ und „Christina Knudsen“.

Die amerikanischen Behörden geben zu, daß sämtliche Kriegsführenden das Recht haben, den Regeln des internationalen Rechts gemäß U-Boote zu verwenden. Man bezieht aber, daß die Unwissenheit der U-Boote an der amerikanischen Küste schwerere internationale Verbrechen herbeiführen könne. Gleichzeitig wird daran erinnert, daß Amerika schon früher den Alliierten einen Vortritt gegeben habe, ihre Kriegsschiffe aus der Nähe der amerikanischen Küste zurückzuführen. Bei der Unterredung, welche zwischen dem deutschen Vizekonsul Grafen Bernstorff und Präsident Wilson stattfand, kam die Ungelegenheit zur Sprache. Bernstorff soll dabei gesagt haben, er habe aus Deutschland keine Nachricht über den U-Bootkrieg erhalten, sei aber sicher, daß die U-Boote die von der deutschen Regierung den Vereinigten Staaten gegebenen Befehle genau beabsichtigen würden. Bei der Unterredung handelte es sich hauptsächlich um die Verletzung eines Briefes des Kaisers an Wilson in Erwiderung eines Schreibens des Präsidenten an den Kaiser über die mitleidende polnische Bevölkerung und die Frage der amerikanischen Hilfeleistung.

Stürmischer Gehörungsurlaub. Petersburger Blättern zufolge behauptet der Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen Sidman nach seiner Rückkehr aus dem Großen Caucasiquartier den Petersburger Metropolitani. Er teilte diesem dabei mit, der Zar habe ihm Urlaub bewilligt, um eine Gehörungsreise antreten zu können. Sidman sagte noch hinzu, daß er die Reise bald antreten werde. Mündliche Setzungen werden seit Wochen den baldigen Minister Stürmischer. Schon die Ernennung Stolozonov zum Minister des Innern sollte mit Rücksicht darauf erfolgen sein. In den letzten Tagen sind der jetzige russische Vizekonsul in Rom von Giers und der frühere Ministerpräsident Stolozonov von Jaren zu wichtigen Beratungen ins Hauptquartier berufen worden. Man nimmt an, daß auch diese Beratungen mit der Entlassung Sidmans zusammenhängen.

Irland gegen die Dienstpflicht. Der bekannte nationalistiche irische Abgeordnete Dillon schreibt über die beachtliche Einführung der Dienstpflicht in Irland, daß seit Unterdrückung des Aufstands die Militärbedürfnisse einen Druck auf die Regierung ausübten, die das Kriegsgesetz und die Unterwerfung anderer Vorkriegstruppen in Irland es

gestatten würden, dem Lande die Dienstpflicht auszuweichen. Der jetzige Augenblick sei besonders günstig, da die irische parlamentarische Partei durch die Zwietracht und die Meinungsverschiedenheiten in Irland fast geschwächt sei. Dillon bringt deshalb darauf an, daß man sich in Irland und einig die vereinigte irische Liga hielt eine Besammlung in Dublin ab, in der der irische Widerstand gegen die beachtliche Einführung der Dienstpflicht angeknüpft wurde. Ein Parlamentsmitglied sagte, daß die irischen Nationalisten, die irischen Freiwilligen und Einzeiler einmütig jedem Versuch, die Dienstpflicht auszuweichen, gegenüberzutreten würden.

Unfall über Gerarum Mission. Ein Newporker Blatt veröffentlicht ein Telegramm ihres Berliner Mitarbeiters, in dem erklärt wird, das im Ausland umlaufende Gerücht, Vizekonsul Gerard sei der Überbringer eines Appells des deutschen Kaisers um eine amerikanische Friedensermittlung, sei völliger Unsinn.

Die Gesandtenwürde im Reichstagsausgang. Der Hauptausdruck des Reichstags bekräftigt die Gesandtenwürde. Eine von den Konservativen eingebrachte Entschließung fordert den Reichstag auf, zu beschließen, den Herrn Reichstagspräsidenten zu erlauben, eine Botschaft der Lage deutscher Gesandten in Russland und Frankreich auf alle Weise, soweit nötig auch durch Anberaubung und Durchdringung einschickender Botschaften, durchzuführen. Der Direktor im Auswärtigen Amt, Dr. Krieger, erklärte sich namens der Reichsleitung mit dem Ziele der vorgeschlagenen Entschließung, jede mögliche Botschaft der Lage der deutschen Gesandten in Frankreich und Russland herbeizuführen, durchaus einverstanden. Reichsleitung und Heeresverwaltung seien nach dieser Richtung von jeher tätig gewesen und würden es auch künftig sein. Die Reichsleitung habe sich bei dem schmerzlichen Bundesrat die hantwärtliche Unterstützung gefunden. Für die in der Gesandtschafts-Verbleiben kommen es zunächst darauf an, Aufklärung über ihre Lage herbeizuführen. Ferner werde versucht, ihnen nach Möglichkeit materielle Hilfe zuteil werden zu lassen. Zu diesem Zweck liege die Botschaften der mit dem Schicksal der Gesandten in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten, wo es notwendig sei, nach dieser Richtung eingehenden Klagen würden nach gründlicher Prüfung, falls sie sich als begründet herausstellen, mit allem Nachdruck verfolgt und nötigenfalls zum Ausgang von Botschaften Maßnahmen gemacht. Botschaften würden angewendet, wenn das Unrecht auf feindlicher Seite klar erwiesen und von der leitenden Stelle ausgegangen sei; sie dürften nie zur Brutalität ausarten.

Ein Zentrumsbüro beantragte, durch den Heiligen Stuhl unter sämtlichen Kriegsführenden Ländern alsbald in Kraft zu setzende Vereinbarungen zu treffen, durch welche das Los der Kriegsgefangenen wesentlich verbessert wird. Botschaften, welche alle Art befreit werden, sämtliche Kriegsgefangenen ohne Unterschied des Alters in ihr Heimatland befreit werden gegen das ausdrückliche Versprechen der einzelnen Staaten, daß sie nicht in die Wehrmacht eingereiht werden.

Ministerialbeschluss Dr. Krieger erklärte seine Zustimmung zu der Zentrumsvorstellung, wobei er allerdings betonte, daß auf Botschaften, welche nur versandt werden können, wenn in einem der Kriegsführenden Länder unserer Gesandten eine grundlegende Botschaft erhalte. Der Erfolg würde vielleicht am besten erreicht werden, wenn die Botschaften des Zentrums ohne besondere deutsche Anregung unmittelbar vom Heiligen Stuhl ausgehen.

Rom Standpunkt der Vereinerwortung bezeugt es General Friedrich als eine völkerverständliche Ehrenpflicht für Kriegsgefangene, die in einem Kriegsland gegen ihre Vaterland gefangen haben, zu lazen und ihren Lohn mit allen Mitteln wahrzunehmen. Der Redner wies auf die von uns bereits erzielte Erfolge hin und sprach die Schweiz für ihr Entgegenkommen volle Anerkennung aus. Ein Vertreter des Reichsmarineamtes stellte mit, daß nach der sofortigen Erörterung von Botschaften, welche die Gesandten der deutschen Botschaften in Frankreich und England jetzt ebenso behandeln werden wie die anderen Gesandten. Es handelt sich um eine Förderung über die Bestrafung fremder Kriegsgefangener im Falle von Widerstandslösung statt, wobei allgemein die gute Behandlung der fremden Kriegsgefangenen in Deutschland festgestellt wurde. Darauf verlegte der Ausschuss sich auf Donnerstag 10 Uhr.

Bücherei für Opfer. Angehörige der unberechtigten Freiheitsregierung für Opfer hat sich die Regierung entschlossen, Bücherei, meistens für die gewöhnlichen Verdienstlosen, festzusetzen. Für den Zeitraum sind von jetzt ab höchstens zu achten für Juli bis 7.60 M. und für geplante April 12. März der Zentner. Im Rheinland darf höchstens höchstens 12.5 M. wertige, geplante April höchstens 17 M. wertige das Hund kosten. Ausgenommen aus Preisversteigerungen sind fortgesetzt und in selten Fällen verpackte Tafelapfel.

Die letzte Kriegsangelegenheit im Verlage von 12 Millionen Mark, deren Vermittlung von Freitag laut „Köln. Volkszig.“ nach in dieser Vertheilung beschlossen werden soll, ist der Vermittlung sicher. An ihrer Ausgabe ist nach dem glänzenden Ergebnis der fünften Kriegsanleihe, über das unsere Feinde vor Leid besten möchten, nicht zu denken. Der Weltaus größte Teil der vom Deutschen Reich vorausgabenden Gelder dient der Vereinerwortung und bietet somit der heimischen Wirtschaft erhalten.

Die Überwindung der Nahrungsmitteleiherde geschah, da erhaltungsmäßig das Viehstall so gut wie anständig ist, um dem Hunger entgegenzutreten, in Köthen (Anhalt) durch einen alten erfahrenen Schuttmann. Es ist ihm u. a. aufgegeben worden, Leute auf der Straße anzuhalten, sie nach den Preisen zu fragen, die sie für ihre Ware zahlen, und alsdann beim Kaufmann und dessen Vorkaufmann nachzuforschen, wie groß der Preisverbleib des Viehstalles zu diesen Waren ist. Es fand keine Nachfrage von Käufenden und Käufenden, Vieh, Reis, Was uvm. Geht von über 100 v. H. nachgeliefert worden. In vielen Fällen hat das Eingreifen des Beamten zu einem sofortigen Preisnachlass der Verkäufer geführt.

Kriegsbeschädigte als Vergewaltigter. Die prächtig gelegene Marzburg bei Braubach am Rhein, gegenüber dem Schloss Stolzenfels, wird jetzt als Kleinereheim eingerichtet

und soll demnach jetzt Kriegsgefangenen mit ihren Angehörigen zum dauernden Wohnort überweisen werden. Die zur Burg gehörigen großen Anlagen und Ländereien sollen von den Kriegsbeschädigten in Pacht gegeben und bewirtschaftet werden. Außerdem sollen, laut „Wol. Zig.“ die neuen Burganlagen den Besuchern der Marzburg hauptsächlich als Fremdenführer dienen.

Eine Strafbarkeit selbst ohne Verfestigung einer Verordnung liegt auch dann vor, wenn der Verkäufer schon von der Verordnung gehört hat. So entzieht die Halberstädter Strafkammer. Ein Drögitz hatte am 1. Juli Seife verkauft, ohne die Bromäure abzumesseln, obgleich schon wiederholt in einer Halberstädter Zeitung darauf hingewiesen war, daß eine Verordnung zum 1. Juli veröffentlicht werden und in Kraft treten wird, wonach der Seifenverkauf vom 1. Juli ab vom Verkäufer durch Abstempelung auf der Brotmarke gekennzeichnet werden müsse. Der Angeklagte hatte nun geäußert, er könne Seife verkaufen, wie er wolle, solange nicht die Verordnung veröffentlicht sei. Die Verfestigung erfolgte nun erst am 1. Juli abends in der Zeitung. Die Strafkammer stellte sich auf den Standpunkt, daß die durch die Zeitung bekanntgegebene Vorgabe der Verordnung zur Strafbarkeit der Handlung genüge. Es sei ein Verdictum, zu glauben, daß die Gültigkeit von der Verfestigung abhängt.

Militärische Jugendausbildung und Fortbildungsschule. Der Magistrat Breslau hat jetzt beschlossen, für die Zeit des Krieges militärische Übungen als obligatorisch in den Lehrplan der fortbildungspflichtigen Jugend aufzunehmen.

Österreichischer Heresbericht.

Wien, 10. Oktober. Amlich wird verlautbart 10. Oktober 1916

Österreichischer Kriegsausgang.

Nachdem die von Österreichischen unsere Truppen zumächtige Angriffe ab. Die in der Schlacht bei Drasio eingetragene Beute beläuft sich jetzt auf 1175 Gefangene, 25 Geschütze, darunter 13 schwere, zahlreiche Munitionswagen und Waffen, vier Automaten, über 800 Meißel mit Verfestigung beladene Eisenbahnwaggons und viel anderes Kriegsgerät. Die geschlagene 2. rumänische Armee wird ins Gefolge verlost. Die Armee des Generals v. Arz hat die sich stellende Nacht des Feindes gemerkt und ist im Begriff, den Ausgang in die Ebene der Ost und in das Gergyo-Gebiet zu gewinnen.

Italienischer Kriegsausgang.

In der südtirolischen Front schritten die Italiener nach achtzigstärker Vorbereitung durch Artillerie und Minenfeuer gestern Nachmittag im Abschnitt zwischen San Grato di Merano und dem Oberdobersee zum allgemeinen Angriff gegen unsere Stellungen auf der Karstföhliche. Es war ein Ehrentrag für unsere dort stehenden Truppen. Das andauernde Feuer hatte sie nicht zu erschüttern vermocht. Mit überbrochener Kraft schlugen sie den wuchtigen Ansturm unter den schwersten Verlusten des Gegners zurück und behielten ihre Stellungen ausnahmslos in Besitz. Im Lufst-Gebiet brachte eine unserer Patrouillen 53 Gefangene ein.

Südtirolischer Kriegsausgang.

In Albanien sind besonders Ereignisse. In der Nacht vom 8. auf den 9. d. M. belegte eines unserer Seelzugsgeschwader die Flugstation und Hafenanlagen von Dura sehr erfolgreich mit Bomben. In der Nacht vom 9. auf den 10. d. M. griff eines unserer Seelzugsgeschwader die militärischen Objekte von Monfalcone und die feindliche Flugstation bei Grado, ein anderes den Bahnhof und die militärischen Anlagen von San Giorgio di Nogara sehr wirkungsvoll an. Es wurden viele Kolktreffer erzielt. Alle Flugzeuge sind von diesen Unternehmungen trotz heftiger Verfestigung unverletzt zurückgekehrt.

Der Streuzertrieb unserer U-Boote.

In der feindlichen Presse wird über die deutschen U-Boote-Erfolge an der Küste der Vereinigten Staaten verschiedene Angaben gemacht und Betrachtungen angeestellt worden, die nicht unmissverständlich sind. Der funktentelegraphische englische Zeitungsdienst von Hobbs vom 10. Oktober meldet, daß U 53 sechs Schiffe torpediert und einige versenkt. Hierzu wird aus dem zuständigen Stelle mitgeteilt, daß der Handelskrieg an der Küste der Vereinigten Staaten nach der Regel der deutschen Verfestigung geführt wird, welche bestimmt, daß ein Handelskrieg angeht und nach der Unterdrückung und nachdem keine Bewegung und keine Fahrgäste sich in Sicherheit gebracht haben, unter gewissen Voraussetzungen versenkt werden darf. Diese Voraussetzungen sind zum Beispiel, daß es sich um einen feindlichen Dampfer handelt oder um einen neutralen Dampfer, welcher Vorräte befördert und daß die militärische Lage es ausdiesicht, den als Preis aufzubringen Dampfer in einen Hafen zu bringen. Es handelt sich also keineswegs darum, daß Handelsdampfer ohne vorherige Warnung durch Torpedoschiff versenkt werden sind.

Neuer meldet ferner aus Washington, daß die amerikanischen Behörden das Entziehen komplizierter Neutralitätsfragen beabsichtigen, wenn U-Boote zu nahe an der amerikanischen Küste operieren, daß dies einer Blockade gleichkäme. Hierzu wird bemerkt, daß deutsche Seestreitkräfte das Recht haben, Streuzertrieb im offenen Meer überall zu führen und dann die Hoheitsgrenzen neutraler Staaten dabei peinlich beachten werden. Von einer Blockade kann selbstverständlich keine Rede sein, da nur feindliche oder mit Vorräte beladene neutrale Schiffe aufgebracht werden, das Weien der Blockade aber in der Aufbringung aller Schiffe liegt, die die blockierte feindliche Küste anflutern oder verlassen, ohne Rücksicht auf Flagge und Ladung.

Auch die Frage des amerikanischen Journal of Commerce: Was unsere Küste eine Basis für deutsche Unterseeboote sein? ist überflüssig angeht, daß beim Anlaufen von New-York 1913 von allen Kriegsschiffen stulpendem Recht der Kriegsgewinn von Vrenstoff, Lebensmitteln usw. nicht einma-



Achten Sie immer auf die Inschrift „Gera“! — Überall erhältlich. Ausgesellschaft, Berlin O. 17

Wöchentliche Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend.



Anzeigenpreis: die fünfteilige Korpusseite 12 Bg.

Ausgabenannahme in der Expedition dieses Blattes, Zeitungspreise 10 bis spätestens nachmittags 10 Uhr. Größere u. komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unleren Händen sein.

Ercheint wöchentlich 3 mal und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, ebenfalls 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteiljähriger Bezugspreis: durch unsere Expedition 1 Mt. 36 Bg. von unleren Boten ins Haus gebracht 1 Mt. 26 Bg. und durch den Briefträger 1 Mt. 30 Bg.

Vierteiljährige und monatliche Abonnements werden außer in der Expedition, Zeitungspreise 10, auch von unleren Boten und abex Rastler, Postanstalten angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 121.

Donnerstag, den 12. Oktober 1916.

55. Jahrgang

Der parlamentarische Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Wie die deutschen Einzelstaaten in dem Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten eine Anstalt haben, die jederzeit zur Entgegennahme von Informationen über den Gang unserer auswärtigen Politik zusammenzutreten kann, so wünscht der Deutsche Reichstag eine ähnliche Institution. Das Verlangen danach hat bei einer Minorität der Volksvertreter schon immer bestanden; die Kriegsjahre haben es bei weiteren Parteien angeregt, so daß von der Budgetkommission, des Hauses mit großer Mehrheit ein Zentrumsantrag angenommen wurde: Der Reichstag ermächtigt die Budgetkommission zur Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges während der Verlesung des Reichstages zusammenzutreten, Vorsitzende und Nationalliberale halten weitestgehende Ansprüche. Die ersten hatten die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten genehmigt und beantragt, den Reichstag zu ersuchen, dafür einzutreten, daß dieser Ausschuss das Recht habe zusammenzutreten, auch wenn der Reichstag nicht verammelt ist. Die Nationalliberalen hatten beantragt, einem zu bildenden ständigen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten die Ermächtigung zu erteilen, sich auch bei Schließung des Reichstages jederzeit zu verammeln.

Zur Begründung des nationalliberalen Antrags wurde betont, daß der Hauptauschuss des Reichstages mit anderen Aufgaben überhäuft sei, so daß in ihm die auswärtigen Angelegenheiten zu kurz kommen würden. Eine ständige Kommission, die sich bald die erforderlichen Kenntnisse erwerben würde, sei daher notwendig. Wünsche der Kaiserliche Zustimmung zu seiner Politik, so müßte dem Ausschuss die Unterlagen für deren Beurteilung, die Berichte der Gesandten usw. zugänglich gemacht werden. Einzelne Abgeordnete sollten als Referenten für die einzelnen Länder bestellt werden. Es würde eine wirksame Kontrolle der aus-

Wahlreise gewählt werden; während der Dauer seines Mandats in den Jahren 1891 und 1892 aber auch nicht ein einziges Mal im Reichstage erschienen. Dagegen ist sein Sohn, der 1904 verstorben Fürst Herber Bismarck, der als Staatssekretär des Auswärtigen gleichzeitig mit dem Vater am 20. März 1890 zurückgetreten und 1894 bis 1897 Abgeordneter war, wiederholt im Reichstage reiferlich hervorgetreten, namentlich dann, wenn es galt, Worte oder Taten des ersten Kanzlers richtigzustellen. Die beiden andern Kanzler, Graf Caprivi und Fürst zu Stolteberg sind nach ihrer Kanzlerschaft politisch nicht hervorgetreten; wenn auch die Denkmäler des Fürsten viel besprochen wurden. Ob Fürst Bismarck, der sich trotz seiner 67 Jahre jugendlicher Frische und Mächtigkeit erfreut, noch einmal in der Staatsdienst zurücktreten wird, ist ungewiß. Wenn das Vaterland seiner bedarf, steht er zur Verfügung. Das hat er bewiesen, als er Anfangs Dezember 1914 als stellvertretender Vorkämpfer in außerordentlicher Mission nach Rom ging.

Front des Deutschen Kronprinz.

Weiterwärts der Meas lebhaft Artillerie- und Minenwerferkämpfe.

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Russische Niederlagen. Unausfällige Verfolgung der Rumänen. Schwere blutige Verluste des Feindes. Die bisherige Beute von Kronstadt.

Front des Generalleutnants Prinz Leopold.

Bei Kol. Ostrom (am Stochod nordwestlich von Luck) waren wir die Russen aus einer vorgezeichneten Stellung und wieseln Gegenstücke ab. Befehl von Luck keine Infanterie schießen.

Deutsche Abteilungen führten mit ganz geringen eigenen Verlusten das Dorf Serbatow westlich der Narojowa, nahmen 4 Offiziere, 200 Mann gefangen und erbeuteten einige Maschinengewehre.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In den Karpaten sind russische Gegenangriffe vor unleren am 8. Oktober genommenen Stellungen an der Baba Lubowa gescheitert.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

Am der Ostfront ging es überall vorwärts. Der Austritt aus dem Harghita- und Barol-Gebirge in die obere und untere Gilt (Mit-Zal) ist erzwungen.

Weiterwärts von Kronstadt (Wraho) drängten die Heftigen Truppen der gefangenen Rumänen schritt nach. Wäher sind aus der dreitägigen Schlacht von Kronstadt eingeschätzt 1175 Gefangene, 25 Geschütze (darunter 18 schwere), zahlreiche Munitionsmagazine und Waffen. Außerdem sind erbeutet 2 Lokomotiven, über 800 meist mit Verpflegung beladene Waggonen. Der Feind hat nach übereinstimmenden Meldungen aller Truppen sehr schwere blutige Verluste.

Westlich des Vulkan-Baßes wurde der Grenzberg Negrutul genommen.

Der Balkankrieg.

Seeresgruppe d. Generalleutnants v. Mackensen.

Die Lage ist unverändert.

Magebonische Front.

Der Feind letzte seine Angriffe gegen die bulgarischen Truppen im Gerna-Bogen (östlich der Bahn Monastir-Gjorica) fort. Er erzielte bei Stocul keine Vorteile, fast wurde er überall abgewiesen.

Nach dem bulgarischen Hauptbericht besetzen wir an der rumänischen Front an der Donau durch einen plötzlichen Angriff mit Unterstützung einer Donauflotte eine Insel am östlichen Ausgange des Delentals westlich von Jimnicia; wir machten zwei Offiziere und 150 Mann zu Gefangenen und erbeuteten 6 Geschütze. Auf dem magebonischen Kriegsschauplatz eröffnete feindliche Artillerie östlich der Bahnhöfe Gjorica-Monastir Trommelfeuer gegen unsere Stellungen, unter dessen Schuß einige feindliche Bataillone die Gerna überquerten. Als bald aber wurde ein Gegenangriff auf sie gemacht. Der Kampf geht weiter. Östlich und westlich vom Warbar und am Fuß der Belasica Planina schwache Artillerietätigkeit. Mit zerstreuten durch unser Feuer einige feindliche Kompagnien, die bei den Dörfern Stokow und Andile lagen. An der Strumafront Retrouillengestöße. An der Küste des ägäischen Meeres Ruhe.

Der italienische Krieg.

Aus dem artilleristischen Vorbereitungsfeuer der Italiener in der achten Monatschlacht ist eine mit äußerster Heftigkeit geführte Artillerieschlacht erwachsen. Auf einer Front von anderthalb Kilometer gahnen die Dörrerger an einem einzigen Tage von früh bis 1 Uhr mittags nicht weniger als 10 000 Granaten. Diesem ungeheuren Munitionsaufwand entsprechen die italienischen Erfolge in keiner Weise. Jeder Versuch eines feindlichen Infanterievorstoßes wird, meistens schon im Sperrfeuer unserer Verbände, abgewiesen. Der Jungs ist das Grab der Italiener genannt worden. Auch die achte Schlacht an einem Ort hat die Berechtigung zu dieser Bezeichnung nicht erlangt.

Fürst Bismarck kandidiert nicht für den Reichstag. Die Meldungen, wonach dem früheren Reichskanzler Fürsten von Bismarck, der durch taufertliche Verkäufte in das preussische Herrenhaus berufen wurde, von den vereinigten bürgerlichen Parteien von Potsdam-Dönhavend das Reichstagsmandat dieses Kreises angeboten worden sei, ist un begründet. Einmal ist der Wahlkreis, den Bismarck bisher vertreten hatte, noch nicht frei, da das letzte und endgültige Urteil des Reichsministerpräsidenten im Sperrtraktatprozeß Bismarck noch aussteht. Uns andere freien Fürst Bismarck auch nicht geneigt zu sein, ein Reichstagsmandat anzunehmen. Der erste deutsche Reichskanzler, Fürst Bismarck, war nach seinem Austritt aus dem Amte bekanntlich in einem harmlosen

Wahlkreise gewählt werden; während der Dauer seines Mandats in den Jahren 1891 und 1892 aber auch nicht ein einziges Mal im Reichstage erschienen. Dagegen ist sein Sohn, der 1904 verstorben Fürst Herber Bismarck, der als Staatssekretär des Auswärtigen gleichzeitig mit dem Vater am 20. März 1890 zurückgetreten und 1894 bis 1897 Abgeordneter war, wiederholt im Reichstage reiferlich hervorgetreten, namentlich dann, wenn es galt, Worte oder Taten des ersten Kanzlers richtigzustellen. Die beiden andern Kanzler, Graf Caprivi und Fürst zu Stolteberg sind nach ihrer Kanzlerschaft politisch nicht hervorgetreten; wenn auch die Denkmäler des Fürsten viel besprochen wurden. Ob Fürst Bismarck, der sich trotz seiner 67 Jahre jugendlicher Frische und Mächtigkeit erfreut, noch einmal in der Staatsdienst zurücktreten wird, ist ungewiß. Wenn das Vaterland seiner bedarf, steht er zur Verfügung. Das hat er bewiesen, als er Anfangs Dezember 1914 als stellvertretender Vorkämpfer in außerordentlicher Mission nach Rom ging.

Die Bestätigung der Juppelgehenden. Nach dem Londoner Daily Chronicle wurden der Kommandant und die Befehls des Juppelins, der am Sonntag vor acht Tagen in Patersdorf herabstürzte, auf einen kleinen Kirchhof begraben, auf dem ebenfalls die Überreste der Befehls des Juppelins ruhen, der etwa drei Wochen vorher bei Cuffley herunterstürzte. Auf dem Garg des Kommandanten war die Aufschrift angebracht: Kommandant Wally, im Dienst gefallener 1. Oktober 1916. Das Begräbnis geschah unter Leitung des englischen Fliegerkorps. Es war viel Platz gegeben, doch allgemein sehr wenig Publikum anwesend. Der Dorfgeistliche und ein Feldprediger hielten eine kurze Rede. Während des Begräbnisses kreuzte ein Flieger über dem Kirchhof.

Die amerikanischen Friedensgerichte. Der Washingtoner Korrespondent der „N. Y. Hg.“ dröhelt von angeblichen Friedensverhandlungen: Manche Kreise hielten diese Nachricht für Borkenmanöver. Andere glauben, daß Wilson tatsächlich etwas zugunsten des Friedens unternehmen wolle, um seine Wiederwahl zu fördern. Er möge vielleicht den Berliner Vorkämpfer Grant gebeten haben, Deutschlands Friedensbedingungen einzuholen, um sie dann dem Viererverband vorzulegen und diesen so zu Friedensverhandlungen zu zwingen. Im übrigen möge die wachsende Feindung den Präsidenten, für Americas eigene Interessen zu sorgen und den Plan eines Ausfuhrverbots für Lebensmittel ins Auge zu fassen.

Widerwillen selbst in England. Die jüngste in Speersbüchsen gehaltenen Vernehmlichungsrede des Kriegsminister Lord George gegen Deutschland erregt. Eine Londoner Wochenschrift sagt dazu: Weder das Kabinett noch der Minister des Äußeren dürfen mit Lord Georges Ausführungen in Zusammenhang gebracht werden — sie waren nicht eine reine Angelegenheit Lord Georges — sie waren sehr unglücklich. Was sie mit den Ereignissen zu schaffen hatten, läßt sich schwer sagen. Der Kriegsminister einer einzelnen Macht kann nicht die Politik der Verbündeten bestimmen. Von amerikanischer Intervention ist nichts zu hören und wird nichts zu hören sein, bis wir sie mitbringen

oder der Zustand der Welt sie notwendig machen wird, was wohl ziemlich bestimmt zutreffen dürfte, ehe der Krieg beendet ist. Das Intervium hat wenig Freude gefunden. Selbst diejenigen, die den Geist aufheben, der es erfüllt, scheuen zurück vor seinen gemeinen Nebenbarn, und in der englischen Arme hat gerade die letzte hortschmähliche Manier dieser Rede ein Gefühl des Widerwillens hervorgerufen. Sie hat tatsächlich etwas wie eine Ablenkung von der extremen Politik oder, könnte man vielleicht sagen, von der Reichspolitik, die die Rede vertritt, bewirkt, und könnte einen langsamen Strom der öffentlichen Meinung zugunsten eines gemäßigten Ausgleichs und eines nicht zu fernem Friedens in Bewegung setzen.

Unter politisches Nichtinteressieren, so sagt die „Berl. Hg.“ in einem Artikel über den geplanten Reichstags-Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, war aber schon manchemal abgrundtief. Um nur ein Beispiel zu geben, genügt es noch einmal die Geschichte Italiens im Dreieund zu berühren. Im Jahre 1901 schloß Italien mit Frankreich das Tripolisabkommen. Im Jahre 1902 wurde ein neuer Dreieundvertrag abgeschlossen, der gewiß durch das französisch-italienische Abkommen verändert worden war. Doch sollte laut darüber im Juli 1902 in der französischen Kammer, daß Italien durch diesen neuen Vertrag mit mehr verhalten werden könne, sich direkt oder indirekt gegen Frankreich zu stellen. Italiens Verhalten in Algerias bestätigte dies. Der französische Vorkämpfer in Rom Barrere sagte dem russischen Minister Fürst Trubetzkoi 1908 ganz offen, Italien gehöre längst zur Entente, mit deren Willen Italien im Dreieundverträge bleibe, gewissermaßen zur bewachten Dreieundverträge seiner „Bundesgenossen“. Fürst Trubetzkoi hat dies 1913 nicht weniger lauten lassen, sogar bei Bismarck (Nachlass als „Kronstadt“). Aber von weniger Kennern und Warnern abgesehen, war das deutsche Volk bis zum 28. Juli 1914 eigentlich überzeugt, daß auf Italien als auf einen aktiven Bundesgenossen zu rechnen sei. Dieses falsche öffentliche Urteil scheint sogar auf amtliche Stellen abgedrückt zu haben. Das ist die grösste Frucht eines seit zwanzig Jahren überlebten Systems!



Das unterste mit der Deutschen Reichsregierung. Die Verantwortung müsse immer die Regierung behalten. Wichtige Beschlüsse müßten schnell gefaßt werden; man könne damit nicht warten, bis erst der Ausschuss gehört sei. Der national-liberale Antrag, der die Ermächtigung des Ausschusses zur Veranlassung auch bei Schließung des Reichstages fordere, verfolge gegen die Verfassung und laufe auf eine Art Völkereigenen des Parlamentes hinaus, gegen das zahllose Bedenken vorlägen. Die Annahme des Zentrumsantrages im Plenum ergebe gleichwohl gefaßt, es bleibe abzuwarten, was weiter geschehen wird. Von verschiedenen Seiten wird betont, daß der Ausschuss in den Fragen der auswärtigen Politik einen Einfluß und damit eine gewisse Mitverantwortung erlangen werde, und daß dank dieses Einflusses gerade die wichtigsten Männer, die dem Parlament bisher fernblieben, sich diesen zumenden würden. Ein Blatt meint, in dem Ausschuss werde ein Forum für die rechtzeitige Entgiftung unseres politischen Lebens geschaffen.

Großes Hauptquartier am 8. Oktober 1916. Westlicher Kriegsschauplatz. Auch gestern führte der Feind vorwiegend in den Abend- und Nachstunden Karle Angriffe auf der